

Last Exit Familienglück?

Familie als Sozialkitt im Kontext gesellschaftlicher Entsolidarisierung

Die Familie ist das bevorzugte Thema der ÖVP – etabliert nicht zuletzt in Abgrenzung zur Frauenpolitik der SPÖ. Wenn es um die Familie geht, dann sollen heimelige Gefühle aufkommen und ein Hauch von Ewigkeit streift uns mehr oder weniger sanft. Sind zwar die Familienformen vielfältiger geworden, so leben die einen oder anderen doch immer noch „gerne die Familie, wie wir sie seit Generationen kennen: Der Mann und Vater widmet sich dem Beruf, die Frau und Mutter widmet sich der Familie“.¹ Auch wenn sich Familien ändern – ihren Kern haben sie doch bewahrt. Soweit die „Perspektivengruppe“ der ÖVP.

Als die ÖVP die Nationalratswahlen 2006 verlor, zog sich ein Teil, die so genannte Perspektivengruppe unter der Leitung von Josef Pröll, zurück, um Programmatisches für die Zukunft zu entwickeln. Ein Jahr später, im Oktober 2007, war es dann so weit: „Perspektiven für Österreich – Perspektiven für die Menschen“ wurden der Öffentlichkeit präsentiert. Unter dem Titel „die ÖVP denkt vor“ nimmt die Familie eines der ersten Kapitel in dem 64 Seiten starken Papier ein. Nach einer Internetrecherche zum Thema stellte sich aber bald heraus, dass die ÖVP nicht vor-, sondern hinterher denkt, wurden die familienpolitischen „Perspektiven für Österreich“ doch über weite Teile aus dem Online-Familienhandbuch der CDU abgeschrieben.

Immerhin – die Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften gilt es zu überwinden, wenngleich es in der Perspektivengruppe der ÖVP um diese gar nicht geht, denn die Zukunft der Familie liegt anderswo: bei der ganz „normalen“ Familie, die sich ja auch – mitunter bedrohlich – verändert. Die Rede von der Kernfamilie als seit Generationen übliche Lebensform, nun gefährdet in den Stürmen des Neoliberalismus, ist dabei selbst Ausdruck einer bestimmten Ideologie, die sich seit dem 18. Jahrhundert – mit dem Aufkommen der bürgerlichen Gesellschaft – durchzusetzen beginnt, mit Ende des 19. Jahrhunderts auch in der Arbeiterbewegung als Ideal aufgenommen wird, Mitte des 20. Jahrhunderts tatsächlich für eine breite Masse der Bevölkerung (für kurze Zeit) Realität wird, um zu Beginn des 21. Jahrhunderts als verlorener Rückzugsraum unserer Konkurrenzgesellschaft beklagt zu werden.

Appelliert wird hier vor allem an Frauen, die ihren Lebenssinn doch in erster Linie in der Familie finden sollen. Denn je mehr Sicherheiten in der Gesellschaft aufgekündigt werden, desto stärker werden Bedürfnisse nach stabilen zwischenmenschlichen Beziehungen und persönlicher Entfaltung in die Familie – und das heißt in die Zuständigkeit der Frauen – projiziert. Klar wird dabei, dass Familie als

Sozialform hoch ideologisiert und auf das Engste mit heterosexuellen Geschlechterverhältnissen in ihrer hierarchischen Organisation verknüpft ist, also mit einer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, die das Private, Reproduktive den Frauen und das Öffentliche, Produktive den Männern zuordnet.²

Familienpolitik gegen die gesellschaftliche und familiäre Realität

Familienpolitik ist in Österreich ein erst in den 1980er-Jahren sich etablierendes Politikfeld, auch als begrifflicher Ersatz für eine wenig menschenfreundliche, abstrakte Bevölkerungspolitik. Der Wechsel der Begriffe zeigte dabei auch die ideologische Verarbeitung gesellschaftspolitischer Kritik, wie sie nicht zuletzt durch die neuen sozialen Bewegungen der 1970er-Jahre artikuliert wurde und sich auf den Eingriff staatlicher Systeme in die Lebenswelt der Menschen konzentrierte. Mit der kleinen Koalition 1983 wurde erstmals ein eigenständiges Familienministerium eingerichtet. Als Zugeständnis an die FPÖ gab die SPÖ damals das Staatssekretariat für die Belange der berufstätigen Frau, unter Leitung von Franziska Fast, preis. Die Etablierung eines eigenen Ministeriums ist wohl Ausdruck für ein politisches Gegensteuern, sind die 1980er-Jahre doch geprägt vom Aufbruch der Frauen, der Pluralisierung der Lebensformen, aber auch von wirtschaftlicher Rezession und erstmals wieder steigender Arbeitslosigkeit. Familienpolitik hatte dabei die Funktion, Frauen an ihre Zuständigkeit zu erinnern, den Arbeitsmarkt zu entlasten – mit der konservativen Trendwende Mitte der 1980er war die arbeitsmarktpolitische Frauenförderung wieder passé – und gleichzeitig der Auflösung traditioneller Werte und Lebensformen entgegenzusteuern.

Auch wenn die Festschreibung der „Treue zu Gott und zum Erbe der Väter“ sowie der „geordnete[n] Familie als Grundzelle von Volk und Staat“ in der Präambel der Tiroler Landesverfassung in den 1980er-Jahren als (verzweifelter) Versuch zur Aufrechterhaltung einer Ordnung zu verstehen ist, deren Ablaufdatum immer deutlicher zu Tage tritt, so sind die Auswirkungen einer solchen Haltung auf die Realpolitik doch immer wieder spürbar.

Dass gerade im Bereich der Familienpolitik, die in den 1980er-Jahren eine Hochkonjunktur erfährt, die Erfahrungen und Bedürfnisse von Frauen hartnäckig ignoriert wurden, hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass Männer in der Tiroler Politik bis Mitte der 1980er-Jahre weitgehend unter sich waren und daher nur ihre eigenen Bedürfnisse in Hinblick auf die Familie reflektierten und verallgemeinern konnten. Dass dieser männliche Blickwinkel wenig mit der Familie als Arbeitsplatz zu tun hat, mag kaum erstaunen, leisten doch in Österreich generell heute noch Männer nur knapp ein Viertel der gesamten unbezahlten Reproduktionsarbeit in den Familien – von Waschen, Kochen und Putzen bis zur Betreuung und Erziehung von Kindern und der Pflege von alten oder kranken Personen. Betrachtet man die Art der Arbeit, die Männer im Haushalt und in der Kindererziehung verrichten, dann wird noch einmal deutlich, dass vor allem die unangenehmeren Aufgaben den Frauen überlassen werden. Während Frauen eher die täglich anfallenden Rou-

tinetätigkeiten wie Kochen, Waschen, Putzen und Aufräumen verrichten, beschäftigen sich Männer stärker mit Tätigkeiten, die zeitliche Flexibilität zulassen, wie Reparaturen, Autopflege, Verwaltungsangelegenheiten und Behördenkontakte. Auch bei der Kindererziehung konzentriert sich die Tätigkeit der Männer stärker auf das Spielen, während Frauen für die Pflege und die täglichen Wege für und mit Kindern zuständig sind.³

Im Jahr 1990 wurde die Möglichkeit in Karenz zu gehen auch auf Väter ausgedehnt; 1995 lag die Quote der Väter unter den Karenzgeld-BezieherInnen bei einem knappen Prozent. Zehn Jahre später und nach Einführung des Kindergeldes, mit dem der Kreis der Anspruchsberechtigten erweitert wurde, lag der Männeranteil in Österreich bei etwas mehr als drei Prozent. Der Grund für den, wenn auch nur geringen, Anstieg ist aber eher in der Neuregelung des Zuverdienstes zu sehen als in einem verstärkten Engagement der Väter. Vor diesem Hintergrund mag es auch nicht verwundern, dass sich die Kinder betreuenden Väter vor allem unter Selbstständigen und Bauern, gefolgt von Beamten, Studenten, Arbeitslosen und Notstandshilfebeziehern finden. Während die einen Einkommen und Arbeitszeit am ehesten eigenständig steuern können, ist für die anderen das Kindergeld mitunter das einzige Einkommen.⁴ Wenn derartige Spielräume aber nicht bestehen bzw. beide Elternteile in Erwerbsarbeit stehen, stellt sich meist sehr schnell wieder die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ein.

Jenseits aller Realitäten von Frauen und Familien zeigt das konservative Familien- und Frauenbild der Tiroler Landespolitik in der institutionellen Kinderbetreuung unmittelbare Auswirkungen. So waren etwa im Jahr 2006 die Kindergärten im Sommer sieben bis acht Wochen geschlossen und nach wie vor bieten nur zehn Prozent der Kindergärten im Land eine Betreuung über Mittag an.⁵ Etwa die Hälfte aller Kindergärten schließt zu Mittag, was eine Berufstätigkeit vor allem für Frauen extrem erschwert. Seit Jahren stellen diverse Studien fest, dass es in Tirol, insbesondere jenseits der Landeshauptstadt Innsbruck, einen eklatanten Mangel an adäquaten, auch an den Bedürfnissen berufstätiger Mütter (und Väter) ausgerichteten Betreuungseinrichtungen gibt. Es mangelt aber nicht nur an bedürfnisorientierten Betreuungsstrukturen: Väter fühlen sich in Tirol noch weniger für ihren Nachwuchs zuständig als in den meisten anderen Bundesländern. 2006 stellten sie 1,8 Prozent aller in Karenz befindlichen Personen.

Wie Sieglinde Rosenberger schon Anfang der 1990er-Jahre feststellt, ist Familienpolitik (nicht nur) in Tirol „eine Politik zur Herstellung des Zuhause-Bleibens-Wollens“.⁶ Und wie die Daten zur institutionellen Kinderbetreuung in Tirol zeigen, hat sich an der Tendenz, institutionelle Rahmenbedingungen zu schaffen, die Frauen nur wenig Wahl lassen, ob sie ihre Kinder nun selbst betreuen möchten oder nicht, wenig geändert. Zunehmend problematisch an dieser Haltung ist, dass sie von einem Familienmodell und damit verknüpft einem Erwerbsarbeitsmodell ausgeht, die beide nicht nur erodieren, sondern inzwischen – und in Zukunft immer weniger – nicht einmal mehr als dominante Modelle gelten können.

Das bedeutet letztlich auch, dass eine Familienpolitik, die die Realität der Frauenerwerbsarbeit (und die damit einhergehende Notwendigkeit institutioneller Betreuung) nicht anerkennt, immer mehr Menschen in die Armut drängt.

Ansprüche auf Geschlechtergerechtigkeit kommen hier noch gar nicht zur Sprache. Studien belegen, dass Frauen aufgrund ihres geringen Einkommens und ihrer meist alleinigen Zuständigkeit für die Kindererziehung und -betreuung weniger in der Lage sind, ein Existenz sicherndes Einkommen zu erwirtschaften. Der in der Armutsforschung geprägte Satz „Frauen sind einen Ehemann von der Armut entfernt“ bestätigt sich so immer wieder aufs Neue. Die jüngste Studie zu „Armut und Reichtum in Tirol“ zeigt auf, dass auch Familien, in denen die Frauen nicht erwerbstätig sind, zunehmend zu den armutsgefährdeten Gruppen gehören.⁷ Hintergrund dieser Entwicklung ist, dass Frauen immer weniger die Möglichkeit haben, eine Vollzeit-Beschäftigung zu erlangen. Der Trend zur atypischen Beschäftigung (geringfügige und Teilzeitbeschäftigung) ist in Österreich besonders ausgeprägt und lag 2004 mit 20,2 Prozent nicht nur über dem Durchschnitt der Europäischen Union, die Entwicklung vollzog sich in Österreich auch wesentlich schneller als in anderen EU-Ländern. Innerhalb von Österreich ist Tirol Vorreiter in negativem Sinn: War 2002 in Österreich nur mehr jede zweite Frau (51,2 Prozent) „normalbeschäftigt“ (ganzjahres- und vollzeitbeschäftigt), so waren es in Tirol gar nur mehr 45,5 Prozent.⁸

Der Eigenverantwortungslogik folgend sollte inzwischen allen klar geworden sein, dass Frauen für ihre gesellschaftliche Diskriminierung selbst die Verantwortung zu übernehmen haben. Zwar widmet sich Landeshauptmann Günther Platter in seiner Regierungserklärung auch den „Frauenanliegen“, aber selbst diese dreieinhalb Zeilen müssen sich die Frauen mit der Generationenfrage teilen – mehr gibt es dazu scheinbar nicht zu sagen. Die ehemalige Landesrätin für Frauenangelegenheiten, Elisabeth Zanon, verdeutlichte im Landtagswahlkampf 2008 mit der Kampagne „*ich bin so frau*“ die Haltung der ÖVP zur Frage der Geschlechterdemokratie folgendermaßen: „Ich bin so Frau, weil Chancengleichheit das ist, was ich selber daraus mache!“ Der Schluss daraus: Weiblichkeit und Kritik an patriarchalen Verhältnissen gehen nun mal nicht zusammen. Die Ungleichheit der Chancen, die Einkommensdiskriminierung, die ganze Last der unbezahlten Arbeit, die Gewalttätigkeit nicht nur der Strukturen, sondern auch der ganz konkreten Männer – es liegt an uns selbst, das zu verändern, wenn wir es nur wirklich wollen.

Die Arbeiterkammer Tirol stellte 2007 fest, dass sich die geschlechtsspezifischen Verdienstunterschiede wieder verstärken und heute größer sind als etwa Anfang oder Mitte der 1990er-Jahre. Paradox mutet dabei auch die Entwicklung an, dass gerade die höheren Verdienste auch die größeren Verdienstzuwächse aufweisen und insbesondere männliche Angestellte die größten Zuwächse zu verzeichnen haben.⁹ Von Umverteilung und sozialer Gerechtigkeit kann also keine Rede sein. Die Entwicklung in Tirol liegt damit im österreichweiten und im internationalen Trend. Die Differenz zwischen den Einkommen nimmt immer mehr zu. Während eine größer werdende Gruppe – die so genannten *working poor* – trotz Erwerbsarbeit ihre Existenz nicht mehr sichern kann, steigen die hohen Einkommen weiter an. Auf der einen Seite machen es die zunehmenden – und für Unternehmen billigen – atypischen Beschäftigungen für Frauen schwieriger, Existenz sichernde Einkommen zu erzielen. Auf der anderen Seite verunmöglicht die schlechte Kinderbetreuungssituation im Land für viele Frauen eine Vollzeitbeschäftigung. Vor

diesem Hintergrund muss festgehalten werden, dass die Tiroler Landespolitik mit ihrer Haltung zur Kinderbetreuung die schlechte Situation von Frauen am Arbeitsmarkt unterstützt und damit billige weibliche Arbeitskräfte für den Arbeitsmarkt mobilisiert.

Resümee

Bekanntnisse zum Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen werden von Tiroler Politikern regelmäßig abgegeben – so z. B. in der Regierungserklärung von Günther Platter vom 1. Juli 2008 –, allerdings bleiben diese in der Regel rhetorisch. Auch hier wird im Zusammenhang mit der Familie und dem Kinderkriegen an Gefühle appelliert: „Ein Land ohne Kinder ist ein trauriges Land. Ein Land, das seine Familien nicht unterstützt, ist ein Land ohne Zukunft. (...) Wir müssen wieder eine Stimmung entwickeln, die Lust darauf macht, eine Familie zu gründen und zu leben.“¹⁰ Wird zuerst eine düstere Zukunftsvision (ein Land ohne Kinder) entworfen, kommt dann ein konkreter Vorschlag zur Familienförderung des neuen Landeshauptmannes: gratis Schifahren für Kinder unter zehn – und das im ganzen Land! Damit sind zwei Fliegen auf einen Streich erlegt – eine finanzielle Entlastung Schi fahrender Familien und die Beseitigung der Schande von des Schifahrens nicht mächtiger Tiroler Kinder. Wer allerdings meint, dass sich die Familienförderung und -freundlichkeit des Landes etwa in der Einrichtung sozialer Dienste, wie dem Ausbau von bedarfsgerechten und klientInnenfreundlichen Erziehungs-, Betreuungs- oder Pflegeeinrichtungen, niederschlägt, wird auf Seite drei der Regierungserklärung vom neuen Landeshauptmann eines Besseren belehrt:

„Ganz klar ist für mich, dass wir eine Verantwortungsgesellschaft sein müssen. Es kann nicht sein, dass immer zuerst danach gefragt wird, wie die öffentliche Hand individuelle Probleme löst. (...) Nur wenn wir dazu bereit sind, können wir auch die wichtigsten Aufgaben einer Verantwortungsgesellschaft erfüllen: die Schwächsten zu stützen! Ich wünsche mir nicht, dass sich jeder überlegt, wie er sich selber zu diesen Schwächsten hinzurechnen kann. Ich wünsche mir, dass jeder überlegt, welchen Beitrag er dazu leisten kann, dass die Gruppe jener, die die Hilfe der Allgemeinheit brauchen, immer kleiner wird.“¹¹

Bleibt nur allen zu wünschen, dass sie niemals zu dieser Gruppe gehören mögen, die die Hilfe der Allgemeinheit benötigt – die moralische Last wäre erdrückend. Über soziale Rechte und Maßnahmen der Umverteilung nachzudenken erübrigt sich ohnehin in einem Land, in dem das „Aufmuntern das Kritisieren ersetzen“¹² soll.

Anmerkungen

- 1 ÖVP, Perspektiven für Österreich – Perspektiven für *die* Menschen, 2007, <http://www.zukunft.at/common/Downloads/ergebnispapier.pdf>.
- 2 Maria Mesner, Mütter-Familien, Familienmütter. Politik ums Kinderhaben in Österreich, in: Gudrun Wolfgruber/Heidi Niederkofler/Margit Niederhuber/Maria Mesner (Hg.), Kinder kriegen – Kinder haben. Analysen im Spannungsfeld zwischen staatlichen Politiken und privaten Lebensentwürfen, Innsbruck–Wien–Bozen 2006, S. 215–234.
- 3 Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, AK-Frauenbericht 1995–2005. Arbeit – Chancen – Geld, Wien 2006, S. 64–70.
- 4 Kammer, AK-Frauenbericht, S. 53–55.
- 5 Statistik Austria, Kindertagesheime, Wien 2007, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bildung_und_kultur/formales_bildungswesen/kindertagesheime_kinderbetreuung/index.html.
- 6 Sieglinde Rosenberger, „Familie kann durch nichts ersetzt werden.“ Oder weibliche Anmerkungen zu männlicher Familienpolitik, in: Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft (Hg.), Frauen melden sich zu Wort. Kritik – Konflikte – Konsequenzen, Innsbruck 1990, S. 111–122, hier S. 119.
- 7 ÖGPP (Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung), Armut und Reichtum in Tirol, Wien 2007, http://www.politikberatung.or.at/wwwa/documents/Armut_und_Reichtum_in_Tirol_-_lang.pdf.
- 8 AK-Tirol, Die Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Tirol 2007, Innsbruck 2007, S. 121.
- 9 Ebd., S. 25–33.
- 10 Regierungserklärung, 1. Juli 2008, S. 5, <http://www.tirol.gv.at/fileadmin/www.tirol.gv.at/regierung/downloads/regierungserklaerung-010708.PDF>.
- 11 Ebd., S. 3.
- 12 Ebd.